

INHALT

RECHTE SZENE	2
Trommler für die Einheit	2
<i>Andreas Molau und Matthias Faust wollen eine „moderne nationale Partei“ aus NPD und DVU bilden.</i>	
„Richtungs“-Streit	3
<i>Die Schlammschlacht innerhalb der NPD hinterlässt Beschädigungen, die kein Parteitagsvotum heilen kann – das Problem einer Rechtspartei mit neonazistischer Orientierung wird fortbestehen.</i>	
„Kraft der Nationalisten“	5
<i>Führende NPD-Kader und Neonazis huldigen der Varus-Schlacht vor 2000 Jahren.</i>	
Kampf um Räume	6
<i>NPD muss in ihre Zentrale ausweichen.</i>	
GRAUZONE	7
Auf rechten Abwegen	6
<i>Staatsrechtler als Vortragsreisender</i>	
Ausbreitung nach Norden	7
<i>„Pro Deutschland“ hat einen Ableger in Wilhelmshaven ins Leben gerufen – zahlreiche Aktivisten der „Bürgerbewegung“ stammen aus extrem rechten Organisationen.</i>	
SEITENBLICK	8
Anstieg rechter Gewalt	8
<i>Erneut unterschiedliche Zahlen von Innenminister und Mobiler Opferberatung in Sachsen-Anhalt.</i>	
AUSLAND	9
Absage an „Astfranzosen“	9
<i>Verbotene ungarische Neonazi-Organisation tritt weiterhin öffentlich in Erscheinung.</i>	
Militante Strukturen	10
<i>Verbotene ungarische Neonazi-Organisation tritt weiterhin öffentlich in Erscheinung.</i>	
BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE	11
Der Holocaust in Ungarn	11
<i>Ab dem Frühjahr 1944, vor 70 Jahren, wurden die ungarischen Juden nach Auschwitz deportiert – im Juli war das Land mit Ausnahme der Hauptstadt Budapest „judenfrei“.</i>	
MELDUNGEN	12

RECHTE SZENE

Trommler für die Einheit

Andreas Molau und Matthias Faust wollen eine „moderne nationale Partei“ aus NPD und DVU bilden.

Der neue DVU-Vorsitzende Matthias Faust hat sich eine Herkulesaufgabe vorgenommen. Aus der DVU soll eine „richtige“ Partei werden – und möglicherweise der Kristallisationspunkt einer neuen, größeren Rechtsformation. Faust startet den fast unmöglich erscheinenden Versuch aus einer Position der Schwäche.

26.000 Mitglieder zählte die DVU Anfang der 90er Jahre, inzwischen dürften es nur noch um die 6000 sein. Zumal Jüngere zieht es nicht zu einer Partei, deren Aktivitäten sich auf Hinterzimmer-Stammtische und Parteitage beschränken, zu denen busladungsweise eine überalterte Mitgliedschaft gekarrt wird. Auch Wahlerfolge blieben zuletzt aus. Nach dem Wiedereinzug in den brandenburgischen Landtag 2004 setzte es Enttäuschungen. In Sachsen-Anhalt reichte es 2006 trotz günstiger Voraussetzungen gerade einmal für 3,0 Prozent. In Bremen kam die DVU ein Jahr später auf 2,7 Prozent, was ihr nur dank einer Besonderheit des dortigen Wahlrechts ein Mandat in der Bürgerschaft bescherte. In Hamburg erzielte sie 2008 klägliche 0,8 Prozent.

Auch ihre „Hochburgen“ bröckeln. In Bremen suchte ihr Abgeordneter Siegfried Tittmann das Weite. Bei der Kommunalwahl in Brandenburg blieb die DVU mit 1,6 Prozent hinter der NPD (1,8 Prozent) zurück. In Dortmund wechselte mit Axel Thieme einer ihrer drei Stadtverordneten zur NPD. Seine Begründung: Die DVU sei „hoffnungslos überaltert“. Es sei falsch, „nochmals eine Ratsperiode von fünf Jahren abzuwarten, um dann aus Altersgründen der NPD sowieso das politische Feld in Dortmund zu überlassen“. In Thüringen lässt die DVU mangels realistischer Erfolgchancen der NPD den Vortritt bei der Landtagswahl.

Unübersehbar war das Parteimodell DVU in die Krise geraten. Ihr Gründer und autokratischer Chef Gerhard Frey (76) zog die Konsequenzen und ließ Faust (37) Anfang des Jahres als neuen Vorsitzenden küren. Das einstige CDU-, JU-, REP- und NPD-Mitglied war 2007 zur DVU gewechselt und zum Spitzenkandidaten bei

der Hamburger Bürgerschaftswahl aufgestiegen. Das ernüchternde Ergebnis bei jener Wahl konnte seine DVU-Karriere nicht bremsen. Womöglich hat dies Frey einiges an Überwindung gekostet. Schließlich hatte der neue Hoffnungsträger noch Ende 2005 ein harsches Urteil über die Partei gefällt: „Die DVU ist für mich absolut nicht diskussionswürdig. Scheinbar besteht sie nur aus einem Herrn Dr. Frey, der meist in einer eher dummlichen Art und Weise in die Öffentlichkeit tritt.“

Doch trotz solcher Lästereien wählten die Delegierten des Parteitags am 11. Januar Faust an die Spitze der DVU. Die Partei stehe für „eine verfassungstreue nationalliberale Linie“, gab ihm Frey mit auf den Weg. Damit freilich ist es nicht weit her. Faust verstärkt die Zusammenarbeit mit Teilen der NPD. Gerne bediente er sich der Unterstützung durch Christian Worch, mit dem er seit seiner Zeit in der Hamburger NPD befreundet ist. Und trotz seiner Klage über die „haltlosen Versuche, die DVU in die Nähe neonazistischer Agitatoren zu rücken“, deutet nichts darauf hin, dass Faust in Nordrhein-Westfalen gegen jene Parteifreunde vorgeht, die bei der Kommunalwahl in einer Front mit dem bekennenden Neonazi Axel Reitz auf dem Ticket der NPD kandidieren.

Faust trommelt für eine Einheit „aller vernünftigen nationalen und patriotischen Kräfte“. Mit Andreas Molau, dem gescheiterten Voigt-Gegenkandidaten aus der NPD, hat er sich dafür einen neuen Partner ins DVU-Boot geholt. Molaus Beitritt zur DVU sei „ein Zeichen des neuen Miteinanders“. Molau selbst, der sein NPD-Parteibuch behalten will, wird in der „Welt“ mit den Worten zitiert, er hoffe, seine Entscheidung habe eine „positive Sogwirkung“ auf die „vielen politikfähigen Kräfte in der NPD, denen der Revisionismus von Parteivize Jürgen Rieger auf den Sender geht“. Aus einer verstärkten Zusammenarbeit von DVU und NPD könne sich eine neue „moderne nationale Partei“ bilden. Die Rechnung ist einfach: Siegen die aus Molaus Sicht „politikfähigen Kräfte“ beim bevorstehenden NPD-Parteitag, steht einer noch viel engeren Zusammenarbeit – bis hin zur Fusion – nichts im Wege. Siegen hingegen Voigt und Rieger, könnten die aus der NPD herausgetriebenen „Politikfähigen“ bei der „neuen“ DVU Unterschlupf finden.

Tomas Sager

RECHTE SZENE

„Richtungs“-Streit

Die Schlammschlacht innerhalb der NPD hinterlässt Beschädigungen, die kein Parteitagsvotum heilen kann – das Problem einer Rechtspartei mit neonazistischer Orientierung wird fortbestehen.

„NPD in der Existenzkrise“, „NPD steht vor der Pleite“, gar von einem „Ende der NPD“ ist die Rede: Die Schlagzeilen verheißen der ins Schleudern geratenen Partei nichts Gutes. Manch einer möge „schon aufatmen bei dem Gedanken, dass sich das Gezerre um ein neues NPD-Verbot bald von alleine erledigt haben könnte“, vermutet die „Welt“. Tatsächlich hat sich die Partei personell, strategisch und finanziell in eine der größten Krisen ihrer Geschichte manövriert – vergleichbar höchstens mit den Zerwürfnissen Anfang der 70er Jahre und Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre. Sie führten zwar zu Phasen der Agonie. Doch erledigt hatte sich das Problem NPD damals letztlich nicht. Auch jetzt ist es für Nachrufe zu früh. Die NPD wird nach ihrem für Anfang April geplanten Parteitag eine andere sein – egal wer den Kampf um den Vorsitz gewinnt: der amtierende Vorsitzende Udo Voigt, sein Gegenspieler Udo Pastörs oder ein möglicher weiterer Kandidat, der sich in der Rolle des Integrators versuchen könnte. Das Problem einer parteiförmig organisierten extremen Rechten mit neonazistischer Orientierung wird aber fortbestehen.

Lange Zeit war der Konflikt um die Parteiführung als Richtungsstreit verstanden worden. Andreas Molau, der zunächst von Pastörs und Holger Apfel als Gegenkandidat zu Voigt ins Rennen geschickt worden war, hatte das wohl auch so aufgefasst – und damit bereits sein Scheitern eingeleitet. Seine versuchte Öffnung zu konservativen Kräften, seine Vorstellung von der NPD als „unideologischer“ Partei der „Kümmerer“, seine Formulierung von einem „europäischen Nationalismus“ und seine Absage an Teile des Kameradschaftsspektrums waren eine Überforderung für die in weiten Teilen neonazistisch geprägte Basis und den Funktionärsapparat. Das Projekt, Voigt durch Molau zu verdrängen und zugleich einen neuen Vorsitzenden zu installieren, der ohne Hausmacht und daher durch seine Mentoren form- und steuerbar sein sollte, war früh beendet.

Pastörs sprang ein, begann die radikaleren Kreise der Partei, die eigentlich Voigt zugerechnet werden, zu umgarnen und beseitigte so den Eindruck, es gehe tatsächlich um einen Streit über Richtungen. Von der Bundesrepublik als „Judenrepublik“ und „verlängertem Arm USraels“ schwadronierte er, warnte vor Türken und ihrer „höchst gefährlichen Samenkanone“ und bediente sich der martialischen Formulierung, dass man beim Kampf „notfalls auch bluten“ müsse. Mit einer Absage an Parteifreie habe er nichts am Hut: „Ich sage, es wird bei der NPD in der Zukunft, wenn ihr mich wollt, keine Abgrenzungsbeschlüsse zu Freien Kameradschaften geben.“ Hätte nicht gerade sein Intimfeind Pastörs diese Rede gehalten – selbst ein Jürgen Rieger hätte daran seine Freude gehabt.

„Beim Kampf notfalls auch bluten“

Der „Richtungs“-Streit ist jedenfalls abgesagt. Ohnehin fällt es schwer, viele NPD-Politiker eindeutig bestimmten Richtungen zuzuordnen. Das gilt nicht nur für Pastörs. Jürgen Gansel beispielsweise, auch er ein Gegner Riegers, den er einen „Samenbanker“ und „Schädelvermesser“ nannte, wird dadurch längst nicht zum „Gemäßigten“. Noch im vorigen November veröffentlichte er ein durch und durch rassistisches und antisemitisches Pamphlet, das nach kurzer Zeit wieder von der Homepage der Bundes-NPD verschwand – womöglich wegen der Sorge vor strafrechtlichen Konsequenzen. Oder Jürgen Rieger, der von den National-„Sozialisten“ innerhalb und außerhalb der Partei unterstützt wird: Parteivize Sascha Roßmüller outete ihn als Wirtschaftsliberalen. Und auch Voigt selbst beweist Wendigkeit. Noch im vorigen Jahr nannte er Vertreter der Kameradschaftsszene „feindliche Kräfte“. Heute umwirbt er die parteifreien Neonazis, weil er auf sie angewiesen ist. Und umgekehrt unterstützen die ihn, weil sie um ihren Spielraum fürchten und sich wegen einer „angedachten Entnazifizierung“ der Partei Sorgen machen.

Der Streit um den Parteivorsitz hat sich auf einen reinen Machtkampf reduziert. Roßmüller beispielsweise erklärte frustriert, in der Kandidatenfrage werde „nicht im Sinne inhaltlicher, strategisch-taktischer Ausrichtungsfragen um innerparteiliche Unterstützung gerungen“. Statt dessen würden „überwiegend persönliche Ambitionen ausgefochten“. In der Tat erlebt(e) die NPD eine Schlammschlacht, die gegenseitige Beschädigungen hinterlässt, die durch kein Parteitagsvotum geheilt werden können.

RECHTE SZENE

An der Basis bröckelt es schon jetzt. Vor allem in Sachsen, Franken und Berlin suchten lokale Funktionäre das Weite. Doch das ist nur ein leises Vorspiel für das, was die NPD nach ihrem Parteitag erwartet. Gewinnt Voigt das Rennen, ist zumindest in der Führung kein Platz mehr für die Gruppe um Pastörs und Generalsekretär Peter Marx. Gewinnt Pastörs, wird zumindest der NS-nostalgische Flügel um Rieger und Bundesgeschäftsführer Eckart Bräuniger samt seinem parteifreien Anhang wegbrechen. Politisch könnte die NPD Riegers Abgang verkraften – finanziell dürfte ihr das schwer fallen, selbst wenn sich die Partei in diesem Jahr schwerpunktmäßig auf die Wahlkämpfe in Sachsen, Thüringen sowie an der Saar konzentriert und die restlichen Wahlen auf Sparflamme fährt. Das gilt erst recht angesichts des neuerlichen Finanzskandals: Mögliche Fehler im Rechenschaftsbericht für 2007 könnten der NPD eine Strafzahlung von 1,8 Millionen Euro bescheren. Das allein wäre wohl noch nicht existenzbedrohend für die Partei. Schon vor zwei Jahren hatte sie eine Rückforderung der Bundestagsverwaltung über 870 000 Euro zu verkraften gehabt – und dies tatsächlich auch geschafft. Wenn gleichzeitig aber auch Riegers Darlehen ausbleiben, wird es sehr eng.

Kandidat Bernd Rabehl zieht zurück

Die neuerlichen Unkorrektheiten im Rechenschaftsbericht 2007 überlagern auch das Thema, das am Beginn der Führungsdiskussion stand. Die Affäre um den Ex-Schatzmeister Erwin Kemna, der über 700 000 Euro aus der Parteikasse in sein marodes Küchenstudio umleitete, ist in den Hintergrund getreten und dient fast nur noch als Knüppel in der internen Auseinandersetzung. Das Interesse an einer wirklichen Sachaufklärung scheint jedenfalls gering. Christian Worch machte sich ironisch Sorgen um das Wohlbefinden des Unnaer NPD-Kreisvorsitzenden Hans Jochen Voß, der Kemnas Unterschlagungen untersuchen soll: Man höre vom Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses so viel, „als sei er schon tot und begraben“.

Schon jetzt hat der Streit zu Kollateralschäden geführt. Nichts wurde es beispielsweise mit der Präsentation eines Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten. Ein „nationaler Freidenker“ werde es sein, hatte Apfel angekündigt. Doch Bernd Rabehl, Alt-68er, der seit Jahren kaum gebremst auf dem Weg ins extrem rechte Lager ist,

machte am Tag vor seiner Präsentation einen Rückzieher und ließ über die „Junge Freiheit“ wissen, „kalkulierte Provokationen“ wie Pastörs „Judenrepublik“-Äußerung, die undurchsichtigen Richtungskämpfe und ein eigenartiges Finanzgebaren der NPD hätten den letzten Ausschlag für seine Absage gegeben.

Wegbrechen des NS-nostalgischen Flügels

Konsequenzen zog auch der tief frustrierte Molau. Er kündigte seinen Job bei der Schweriner Landtagsfraktion und heuerte – ohne freilich sein NPD-Mitgliedsbuch aufzugeben – als Mitarbeiter bei der DVU an. Er wolle, so Molau, „meine politischen Vorstellungen, die ich zuletzt im Zusammenhang mit meiner Kandidatur zum Parteivorsitz der NPD dargestellt habe, weiter verwirklichen“. In der Zusammenarbeit mit Faust gebe es dafür gute Perspektiven. Aus einer verstärkten Kooperation von DVU und NPD könne sich eine neue „moderne nationale Partei“ entwickeln.

Eine Partei nach Udo Voigts Geschmack wäre das mutmaßlich nicht. Der amtierende Vorsitzende hat seit Jahresbeginn, als er weithin isoliert erschien, deutlich Boden gut gemacht. Der Wunsch nach Stabilität spricht für ihn. Mehr noch aber helfen ihm die Fehler, die seine Gegner machen, angefangen von der Molau-Kandidatur und noch nicht endend bei der Tatsache, dass niemand so recht weiß, wofür Gegenkandidat Pastörs genau steht. Die NPD erwartet ein turbulenter Parteitag. Der mecklenburgische Landesverband beantragte schon einmal, die Medien auszusperrten. Der Kreisverband Mecklenburg-Mitte hatte die Begründung geliefert: Es solle verhindert werden, „dass der Presse auch noch Bilder und Aufnahmen zu der ohnehin inzwischen widerlichen und öffentlichen Auseinandersetzung“ geliefert würden. Sollte dem Antrag stattgegeben werden, wird Manfred Börms Ordnertruppe schon dafür sorgen, dass keine unwillkommenen Besucher lauschen. Besser wäre es aus Sicht der NPD, wenn Börms seine Ordner auch instruiert, wie Handgreiflichkeiten der Delegierten untereinander beendet werden können. Und noch besser wäre es, wenn zum Parteitag gleich die „Ersthelfer“ eingeladen würden. Die parteinahe Sanitärtruppe vor Ort zu haben, könnte ratsam sein.

Tomas Sager

RECHTE SZENE

„Kraft der Nationalisten“

Führende NPD-Kader und Neonazis huldigen der Varus-Schlacht vor 2000 Jahren.

Als sich 180 „Nationalisten“ aus Norddeutschland am Samstag, den 7. März 2009 um 11.00 Uhr in Osnabrück am Hauptbahnhof versammelten, um der siegreichen Varus-Schlacht vor 2000 Jahren über die Römer zu gedenken, schien ununterbrochen die Sonne. Die Organisation oblag strammen HDJ-Anhängern wie Christian Fischer, Christian von Velsen sowie Alf und Manfred Börm, die Ordnertruppe war eingespielt, unter anderem war auch Gerd Ulrich von der HDJ-Einheit „Hermannland“ in Detmold beteiligt. Als Redner standen scheinbar einträchtig Udo Pastörs, Andreas Molau und Peter Naumann bereit. Die Neonazis gaben sich locker und selbstbewusst. Die meisten der Teilnehmer entstammten dem völkisch-nationalen Lager und traten sehr diszipliniert auf. Alte NPD-Parteisoldaten wie Ulrich Eigenfeld und seine Anhänger aus Oldenburg hielten sich im Hintergrund und überließen den ehrgeizigen jungen Kameraden um Fischer den Vortritt. Aggressive NPD-kritische Kameradschafts-Aktivistinnen aus Bremen, Hamburg oder Hildesheim waren nicht erst erschienen.

Matthias Behrens von den „Snevern Jungs“ begrüßte zwei Staatsschützer freundschaftlich per Handschlag, man unterhielt sich. Florian Cordes, der gerade an einer Restrukturierung der Jungen Nationaldemokraten in Niedersachsen bastelt, spielte noch den aggressivsten Einpeitscher und Vorsprecher im schwarzgekleideten JN-Block. Aus Nordrhein-Westfalen waren Kameraden aus Hamm, Solingen oder Warendorf angereist, die brav mit schwarz-rot-goldenen Fahnen wedelten. Die NPD-freundlichen Kameradschaften aus Schneverdingen, Celle und Wilhelmshaven waren vertreten, ebenso wie einige Burschenschaftler und NPDler aus dem Harz um Patrick Kallweit.

Zum Einsatz kam auch ein leuchtend rotes ausgemustertes Feuerwehrfahrzeug. Am Wagen hingen zwei Transparente mit den wenig freundlichen Aufschriften: „2000 Jahre Kampf gegen Unterdrückung für nationale Selbstbestimmung“ und „Multikultur ist Völkermord im Frieden“.

Als erster Redner trat Christian Fischer ans Mikrofon. Er huldigte mehrfach dem Sieg der Cherusker über die

römischen „Eindringlinge“ und zog zeitgeschichtliche Parallelen: „Im letzten Jahrhundert musste dieses Deutsche Reich mit zwei Weltkriegen gegen seine Feinde verteidigt werden“, erklärte er auf gefährliche Weise die Geschichte und fuhr fort: „Die Namen der Kriegshelden und deren Vorgesetzten, deutsche Freiheitskämpfer, müssen hier nicht erwähnt werden, die kennen wir alle!“ Kein Beamter schritt ein, als er in typischer HDJ-Manier NS-Größen zu Helden stilisierte und mit „Heil Euch!“ seine Rede beendete. Aber Polizisten am Rand der Veranstaltung hörten aufmerksam zu, ein Beamter filmte.

Der nächste Redner, Udo Pastörs, schwadronierte gegen die Demokratie als „dieses Gebilde“, gegen den Parteienstaat, den es „mit politischen Mitteln radikal zu bekämpfen“ gilt. Er sagte auch in vorgeblicher Anspielung auf die Varus-Schlacht: „Es ist klassisch, dass nach jeder militärischen großen Niederlage die Siegermacht zunächst einmal beginnt, die Schaltstellen der Macht mit Verrätern aus dem besiegten Volk zu besetzen.“ Pastörs beschwor die „Kraft der Nationalisten“ und den Untergang des verhassten „Parteienstaates“, orakelte: „Wir brauchen nur zu warten und so zu handeln wie der große Philosoph Nietzsche es gesagt hat: Was fallen will, das soll man stoßen!“ Für den aufstrebenden NPD-Kader ist es demnach nur eine „Frage der Zeit, wann es soweit ist, dass es sich lohnt, die politische Kaste in diesem System vom Sockel zu stoßen ...“. „Das dauert keine zehn Jahre mehr!“, setzte er nach. Der NPD-Schulungsreferent Peter Naumann, der in der Vergangenheit Waffenverstecke anlegte und Bomben bastelte, wurde von Börm mit „und jetzt der NPD-Bundestagskandidat aus Mittelsachsen Peter Naumann“ angekündigt.

Später hatte dann der neu ernannte NPD-Unterbezirksvorsitzende für Braunschweig Andreas Molau seinen Auftritt. Im Eingang zur „Islamischen Gemeinde“ am Bahnhof parkte ein Polizeiauto. Die Neonazis formierten sich im Halbkreis. Ordner stellten sich vor Kameraobjektive, versperrten Beobachtern den Blick. Molau rief: „Wir ehren nicht nur unsere Opfer, wir definieren uns positiv aus 2000 Jahre Freiheitskampf.“ Schließlich durfte der offizielle NPD-Chef von Osnabrück, Dirk Heimsoth noch zwei abschließende Sätze sagen, danach wurde das „Lied der Deutschen“ angestimmt.

Andrea Röpke

RECHTE SZENE

Kampf um Räume

NPD muss in ihre Zentrale ausweichen.

Der Berliner Landesverband der NPD hat die Kandidaten für die Landesliste zur Bundestagswahl aufgestellt. Platz eins belegt der Parteivorsitzende Udo Voigt, gefolgt vom Berliner Landeschef Jörg Hähnel. Auf Platz drei folgt die Bezirksverordnete der BVV Lichtenberg Manuela Tönhardt. Sie hatte als Mitglied der DVU auf der Liste kandidiert, ist aber im November 2006 zur NPD gewechselt.

In der Rede von Jörg Hähnel nahmen die innerparteilichen Querelen einen großen Raum ein. Spaltungsversuche werde man in Zukunft konsequent unterbinden, so der Landeschef. Von innerparteilichen Querelen ist der Berliner Landesverband besonders betroffen. Im Februar 2009 trat die damalige NPD-Kreisvorsitzende Gesine Heinrich nach einer auch persönlich geführten innerparteilichen Schlammschlacht aus der NPD aus. Ein Großteil der Mitglieder ihres Kreises folgten ihr. Auch der stellvertretende Landesvorsitzende Hans-Joachim Henry verließ die Partei.

Auch der Parteitag am 14. März stellte für die NPD eine weitere Schlappe dar. Ursprünglich war dafür ein Raum in einer Seniorenhalle im Stadtteil Steglitz-Zehlendorf angemietet. Doch die Partei weigerte sich, eine Vereinbarung zu unterzeichnen, in der sie auf rassistische, antidemokratische und antisemitische Äußerungen verzichtet. Das Verwaltungsgericht Berlin entschied am 13. März, dass das Bezirksamt Berlin-Zehlendorf rechtmäßig gehandelt habe, der NPD die Räumlichkeiten zu verweigern. Die NPD verlegte die Veranstaltung dann in die Bundeszentrale nach Berlin-Köpenick. Dort musste sie schon im vergangenen Jahr ihren Parteitag abhandeln, weil sie auch damals im juristischen Kampf um Räume gescheitert war. Annika Eckel von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR), die den Mietvertrag ausgearbeitet hat, sieht in der gerichtlichen Bestätigung einen Erfolg. Damit dürfte es der Partei auch in Zukunft schwer fallen, außerhalb ihres eigenen Umfelds Räume anzumieten. Auch der rechtspolitische Sprecher der Berliner Grünen Dirk Behrendt sieht in der Mietklausel ein brauchbares Instrument im Umgang mit den Rechten.

Peter Nowak

GRAUZONE

Auf rechten Abwegen

Staatsrechtler als Vortragsreisender

Karl Albrecht Schachtschneider (Jg. 1940), bis 2006 Ordinarius für Öffentliches Recht an der Universität Erlangen-Nürnberg war Stargast bei einer Veranstaltung der Fraktion „pro Köln“ am 10. März. Der Staatsrechtler, bundesweit als Kritiker der Verträge von Maastricht und Lissabon bekannt, referierte bei der vom Verfassungsschutz beobachteten Vereinigung über Fragen der Religionsfreiheit im Zusammenhang mit dem Islam und geplanten Moscheebauten.

Als Vortragsreisender ist Schachtschneider, vormals stellvertretender Vorsitzender des Bundes Freier Bürger, in den letzten Jahren mehrfach in extrem rechten Zusammenhängen in Erscheinung getreten. So war Schachtschneider am 30. Januar Redner bei einer FPÖ-Konferenz in Wien, bei der im Rahmen eines Meetings Vertreter europäischer Rechtsparteien zugegen waren. Vor Ort tummelten sich unter anderem Funktionäre der DVU, des belgischen Vlaams Belang und der bulgarischen Ataka. 2007 war Schachtschneider neben dem NPD-Sympathisanten Bernd Rabehl Festredner beim burschenschaftlichen Turmkommers in Linz. 2006 führte Schachtschneider auf der II. „Bielefelder Ideenwerkstatt“ der Burschenschaft Normannia-Nibelungen zu Bielefeld aus: „Deutschland ist kein Rechtsstaat und keine Demokratie.“ Im gleichen Jahr erklärte er in einem Interview mit der rechtsextremen Monatszeitschrift „Die Aula“, dass die Mitgliedschaft in der EU, „so wie sie sich derzeit darstellt, ... eindeutig verfassungswidrig“ sei. Im September 2005 wurde Schachtschneider von der sächsischen NPD-Landtagsfraktion zu einem Expertenhearing im Landtag eingeladen. Auf der Referentenliste stand Schachtschneider unter anderem bei den „Hochschulwochen“ des umstrittenen „Studienzentrums Weikersheim“, bei der „Freien Deutschen Sommerakademie“, die ursprünglich aus den Junge-Freiheit-Leserkreisen hervorging, und bei einem Kongress „Mut zur Ethik“, der maßgeblich von der Psychosekte „Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis“ ausgerichtet wurde.

Anton Maegerle

GRAUZONE

Ausbreitung nach Norden

„Pro Deutschland“ hat einen Ableger in Wilhelmshaven ins Leben gerufen – zahlreiche Aktivisten der „Bürgerbewegung“ stammen aus extrem rechten Organisationen.

Die Partei „Bürgerbewegung pro Deutschland“ ist nun auch in Wilhelmshaven mit einem Kreisverband vertreten – und ergänzt das Spektrum der ultrarechten Organisationen und Zusammenschlüsse, die in der Jade-Stadt und im friesischen Umland ihr Unwesen treiben. Auf den ersten Blick kommt „pro Deutschland“ bürgerlich und „harmlos“ daher. Erst auf den zweiten erschließt sich, dass es die Region jetzt mit einer weiteren durchaus bedenklichen Gruppierung zu tun hat.

Zum Kreisvorsitzenden wurde der Wilhelmshavener Ratsherr Peter Müller bestimmt, der ursprünglich für die rechtsextreme NPD in das Stadtparlament eingezogen war. Unter seinen ehemaligen NPD-Gesinnungsgenossen ist der Fahrlehrer nicht mehr wohl gelitten. Im Internet zirkulieren „Eidesstattliche Erklärungen“, wonach Müller zu Gewalttaten aufgerufen haben soll – als angeblicher Agent des Verfassungsschutzes. Zum Stellvertreter des ehemaligen NPD-Unterbezirksvorsitzenden Müller und zum Kreisgeschäftsführer wurde Joachim Münch gewählt. Er ist ein ehemaliger Ratsherr der stramm rechten „Republikaner“, und er soll die Initiative zur Gründung von „pro Deutschland“ in Wilhelmshaven ergriffen haben.

„Ausländerfeindliche Einstellung“

Die „Bürgerbewegung pro Deutschland“ erwuchs vor nunmehr vier Jahren aus der „Bürgerbewegung pro Köln“, die mit fünf Mitgliedern im Stadtparlament der Rhein-Metropole sitzt. In den Verfassungsschutzberichten des Landes Nordrhein-Westfalen wird „pro Köln“ regelmäßig berücksichtigt – unter anderem vor allem wegen einer „ausländerfeindlichen Einstellung“ und engen Kontakten zu belgischen Rechtsextremisten. Auf diese Weise bekommt dann also auch Manfred Rouhs sein „Fett weg“. Der stellvertretende Vorsitzende der „pro-Köln“-Ratsfraktion ist nämlich der Bundesvorsitzende der „Bürgerbewegung pro Deutschland“.

Rouhs kann auf eine „schillernde“ Karriere im rechtsextremen Lager zurück blicken. Unter anderem agierte er

von 1985 bis 1987 als Landesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten. Später zog Rouhs für die vom Verfassungsschutz beobachtete Gruppierung Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) in den Kölner Rat ein.

Wie der Wilhelmshavener Vize-Vorsitzende Joachim Münch, waren auch zahlreiche andere Aktivisten von „pro Deutschland“ früher bei den Republikanern tätig. Das trifft ebenfalls auf eine Reihe von Mitgliedern des Bundesvorstandes zu. So gehörte der stellvertretende Bundesvorsitzende und jetzige Heilbronner „pro“-Ratsherr Alfred Dagenbach von 1996 bis 2001 dem Landtag von Baden-Württemberg an. Lars Seidensticker, heute „pro“-Mitglied des Gemeinderates von Hambühren bei Celle, mischte früher für die Republikaner im Kreistag mit.

„Ideelle Grundlage im Abwehrkampf gegen den Islam“

Und Bundesvorstandsmitglied Christian Perbandt leitete bis zu seinem Parteiaustritt 2007 den Landesverband Niedersachsen der Republikaner. Perbandt, zugleich Bundespressesprecher von „pro Deutschland“, pflegt noch immer den engen Kontakt zu Björn Clemens. Im Juni 2008 war der Düsseldorfer Rechtsanwalt Clemens Ehrengast des 1. „Tages der Freiheit“ von „pro Deutschland“ in Hannover und referierte zum Thema „Die Notwendigkeit einer ideellen Grundlage im Abwehrkampf gegen den Islam“. Im Februar 2007 hatte der rechtslastige Anwalt die Gründungsversammlung des nordrhein-westfälischen Ablegers der „Bürgerbewegung“ geleitet.

Der frühere stellvertretende Bundesvorsitzende der Republikaner Björn Clemens (2002 bis 2006) machte in den letzten Jahren nicht zuletzt durch Auftritte auf NPD-Veranstaltungen von sich reden. Zum Beispiel begeisterte er im Januar 2008 bei der Jahresauftaktveranstaltung der sächsischen NPD und einen Monat später beim rechtsextremen „Dresdner Trauermarsch“, der alljährlich im Februar stattfindet. Dort war Björn Clemens neben Udo Pastörs, NPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, vor rund 6000 Teilnehmern einer der beiden Hauptredner.

Thomas Klaus

SEITENBLICK

Anstieg rechter Gewalt

Erneut unterschiedliche Zahlen von Innenminister und Mobiler Opferberatung in Sachsen-Anhalt.

In Sachsen-Anhalt wurden 2008 fast 80 Prozent aller Straftaten im politischen Raum von Rechtsextremisten und Neonazis verübt. Demnach stieg die Zahl der rechts-extremen und neonazistischen Straftaten im vergangenen Jahr um 30 Prozent auf 1761 Fälle an. „Der Schwerpunkt in diesem Jahr sind die schwer aufklärbaren so genannten Propagandadelikte wie Hakenkreuzschmierereien und das Zeigen des Hitlergrußes mit 1289 Fällen“, sagte Innenminister Holger Hövelmann (SPD) bei der Vorstellung der Statistik zur politisch motivierten Kriminalität 2008. In diesem Bereich war ein Anstieg von 259 Fällen und damit gut 25 Prozent zu verzeichnen.

Auch im Bereich der rechtsextremen und neonazistischen Gewalttaten mussten die Ermittler erneut einen deutlichen Anstieg um 22 Prozent auf 121 Fälle (2007: 99) verzeichnen. Als besonders schweren Fall sieht Hövelmann den so genannten „Disco-Totschlag“. Einem einschlägig polizeibekannten Magdeburger Neonazi wird vorgeworfen, einen Studenten nach dem Besuch einer Diskothek in der Landeshauptstadt totgeschlagen und -getreten zu haben. Der Prozess gegen den 20-jährigen Täter findet gegenwärtig unter Ausschluss der Öffentlichkeit vor der Jugendkammer des Magdeburger Landgerichts statt.

Was in der Öffentlichkeit für extreme Verwunderung sorgte. Ist doch der Angeklagte wegen rechtsextrem motivierter Gewalttaten einschlägig bekannt und vorbestraft und erst kurz vor der Tat nach der Verbüßung einer Haftstrafe freigekommen. Für Verwunderung sorgt zudem nicht nur beim Verein „Miteinander e.V.“ und der Mobilen Opferberatung, dass dieser Fall vom Innenministerium als einziges rechts motiviertes Tötungsdelikt im Jahr 2008 gewertet wird. „Aus Sicht der Opferberatung muss auch die Tötung eines Obdachlosen in Dessau-Roßlau durch zwei Neonazis als rechts motiviertes Tötungsdelikt gewertet werden“, so Heike Kleffner von der Mobilen Opferberatung. Ein derzeit ebenfalls vor der Jugendkammer des Landgerichts verhandeltes Tötungsdelikt müsse zumindest als „Verdachtsfall“ gelten. Ein heute 19-jähriger bekennender Neonazi hatte in Bernburg unter Al-

koholeinfluss einen Gleichaltrigen erstochen, der wenige Tage später in einem Prozess gegen den Täter wegen des Vorwurfs der Körperverletzung als Zeuge hätte aussagen sollen. Der Angeklagte beruft sich mal auf Erinnerungslücken aufgrund eines Vollrausches, mal auf Notwehr. Beide Beschuldigte werden übrigens vor Gericht von demselben Anwalt vertreten.

Generell zeigt sich die Mobile Opferberatung den offiziellen Zahlen aus dem Innenministerium gegenüber ausgesprochen kritisch. Denn die Opferberatung zählt für das vergangene Jahr 153 Fälle rechtsextremer und neonazistischer Gewalt mit insgesamt 226 Opfern. Nach wie vor richte sich die rechts motivierte Gewalt in erster Linie gegen Migranten und Andersdenkende, sagte Heike Kleffner. Zunehmend richteten sich die Angriffe aber auch gegen Obdachlose und sozial schwache Menschen. Zwar sei die Zahl der von der Opferberatung registrierten Fälle rechter Gewalt gegenüber dem Vorjahr (183) vorerst leicht gesunken, sie dürfte allerdings noch ansteigen. Zudem gebe es stets eine beträchtliche Dunkelziffer, da sich viele Opfer rechter Gewalt generell scheuen, sich überhaupt an die Ermittlungsbehörden oder Beratungsinstitutionen wie die Opferberatung zu wenden.

Laut Innenminister komme mehr als jede zweite Tat der politisch motivierten Kriminalität auf das Konto eines so genannten Jungtatverdächtigen unter 21 Jahren. Besorgnis erregend sei in diesem Bereich die zunehmende Zahl von Mehrfach- und Intensivtätern. Hövelmann warnte zudem vor dem Risiko, dass eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise auch „negative gesellschaftspolitische Entwicklungen auslösen“ könnte. Mit dem erneuten Anstieg rechts motivierter Straf- und Gewalttaten dürfte der Minister zudem seine Hoffnung begraben können, Sachsen-Anhalt aus der Spitzenposition der Länder bei der Zahl rechter Straf- und Gewalttaten herauszuführen. Nach der Einigung der Innenminister des Bundes und der Länder auf eine einheitliche Zählweise, wie sie in Sachsen-Anhalt seit Jahren angewandt wird, hatte er im vergangenen Jahr die Zuversicht geäußert, dass sich das Negativ-Ranking der Bundesländer in diesem Bereich neu durchmischen werde.

Eberhard Löblich

AUSLAND

Absage an „Astfranzosen“

Verbotene ungarische Neonazi-Organisation tritt weiterhin öffentlich in Erscheinung.

Die Zeit der Lockerungsübungen ideologischer Art ist vorbei: Im Vorfeld der Europaparlamentswahl am 7. Juni dieses Jahres kehrt der französische Front National (FN) einen sehr „klassischen“, altbekannten Diskurs hervor. Wie zum Beweis entwickelte die Partei Jean-Marie Le Pens auf ihrem „europäischen Konvent“, mit dem sie am Wochenende des 14. und 15. März im nordfranzösischen Arras ihren Wahlkampf eröffnete, ziemlich uralte Thesen. Dort wurde die als „Immigration-Invasion“ und „Überflutung durch die neuen Barbaren“ (so ihr Vizepräsident Bruno Gollnisch) bezeichnete Einwanderung ebenso heftig angeprangert wie eine Abgrenzung vom „Euro-Globalismus“ und der „moralischen Dekadenz“ gefordert – zugunsten einer Rückkehr zu „traditionellen Werten“ und vor allem zum souveränen Nationalstaat.

Rund 1000 Parteifunktionäre und Anhänger, die aus ganz Frankreich zusammengekartt worden waren, nahmen an dem Auftakt zum Europaparlamentwahlkampf des FN teil. Auch ausländische Gäste etwa vom belgischen Vlaams Belang und der italienischen Lega Nord waren anwesend.

Zuletzt hatte die rechtsextreme Partei in den Wahlkämpfen von 2006/2007, vor den letzten französischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, eher ungewohnte Töne angeschlagen. Neben den seit längerer Zeit von ihr so bezeichneten „Wurzelfranzosen“ (français de souche) wollte man nun auch die „Astfranzosen“ (français de branche) – die, wie das Zweigwerk auf den kahlen Baum, später hinzugekommen seien –, ansprechen. Das bedeutete, die Partei wollte die französischen Staatsbürger ausländischer Herkunft – „Integrationswillen“ vorausgesetzt – mit zur „nationalen Gemeinschaft“ zählen, im Namen der notwendigen Selbstbehauptung Frankreich in einer globalisierten Welt und gegenüber übermächtigen Konkurrenten oder Feinden wie den USA.

Alain Soral, ein intellektueller Provokateur, der dieses Konzept von den „Wurzeln“ und „Ästen“ der Nation erfunden hat, gehört inzwischen nicht mehr zum Front

National. Der frühere Linke Soral, der den unmittelbaren Rassismus gegenüber Einwanderern in Frankreich in der rechtsextremen Agitation zurückschraubte, aber zugleich ein stark antisemitisch unterlegtes Weltbild gegen „die antinationalen Eliten“ vertrat, hat die Partei Anfang Februar dieses Jahres verlassen. Nachdem Alain Soral nicht wie gewünscht Spitzenkandidat des FN für die Europaparlamentswahlen in der Region Ile-de-France (Raum Paris) geworden war, zog er Türe knallend aus der Partei aus. Gegenüber dem „Rot-Braunen“ Soral war als Spitzenkandidat im Raum Paris Jean-Michel Dubois, ein Vertreter des mittelständischen Unternehmerflügels des FN, bevorzugt worden.

Dem FN den Rücken gekehrt hat auch eine Reihe von langjährigen Parteikadern wie der frühere Generalsekretär Carl Lang, der sich in den letzten Jahren zum „Hüter der programmatischen Orthodoxie“ aufgeschwungen hatte. Lang hatte seit Anfang des Jahrzehnts energisch gegen alle Versuche, „die Programmatik aufzuweichen“, und dies vor allem „im Bereich Einwanderung“, Stellung bezogen. Vor wenigen Wochen, am 23. Februar gründete Carl Lang nun die bislang letzte Abspaltung vom FN, unter dem hochtrabenden Titel „Die Partei Frankreichs“ (LPDF, Le Parti de la France).

Die übergreifende Themenstellung beim „Europäischen Konvent“ des FN war „die Rückkehr der Nationen“. Dies verkauft die rechtsextreme Partei derzeit als Patentrezept gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise; man verspricht sich von dieser reaktionären Utopie laut Ansicht der Partei „Sicherheit“ vor der Krise hinter angeblich schützenden nationalen Grenzen. Die Prognose, die aktuelle Wirtschaftskrise werde Bedarf nach einer Rückkehr zum Nationalstaat schaffen, ist – neben der Abgrenzung von den Dissidenten – der zweite Grund für die aktuelle ideologische Verschärfung beim FN. Der langjährige Parteichef Jean-Marie Le Pen forderte gar am 27. Februar die Rückkehr zum französischen Franc durch die „organisierte und konzertierte Aufgabe der Euro-Währung“ durch die Mitgliedsländer. Und dies zu einem Umtauschkurs von eins zu eins bei Wiedereinführung der Nationalwährung. Abzuwarten bleibt, ob diese Propaganda zugkräftig ist.

Bernhard Schmid

AUSLAND

Militante Strukturen

Verbotene ungarische Neonazi-Organisation tritt weiterhin öffentlich in Erscheinung.

Die Zusammenkunft erinnert an längst vergangene Zeiten. In schwarze Uniformen gehüllt, angetreten in militärischer Marschformation versammelten sich am 7. März Mitglieder der ungarischen „Pax Hungarica“ in Budapest. Nicht nur das äußere Erscheinungsbild erinnert an die „Sturmabteilungen“ (SA) des NS-Regimes oder an die „Squadristi“, faschistische Kampfbünde Italiens vor Beginn des Zweiten Weltkrieges. Verwechslungsgefahr besteht ebenfalls in der ideologischen Ausrichtung. Hintergrund dieser nun durchgeführten Versammlung der „Pax Hungarica“ war eine Sympathiebekundung für die antisemitischen Verlautbarungen des weltweit in die Kritik geratenen Bischofs Richard Nelson Williamson.

Eine weiß-rote Fahne flattert unruhig im Wind. Die Blicke der hier Versammelten verharren an diesem Samstag auf einem hageren, alten Mann, dessen wache Augen über ein Blatt Papier wandern und der in wenigen Minuten eine vorbereitete Petition verlesen wird. Eine Formation junger Männer in schwarzen Uniformen nimmt Haltung an, Stiefel werden zusammengeschlagen, Kommandos ertönen um sogleich von einem dumpfen Gesang abgelöst zu werden. Es ist der militärische Appell der „Pax Hungarica“, der „Ungarischen Friedensbewegung“. Die Namensgebung der Organisation wirkt irreführend. Hinter der unverdächtig klingenden Bezeichnung „Friedensbewegung“ verbirgt sich eine neonazistisch und antisemitisch agierende Gruppierung in dem mitteleuropäischen Staat. „Pax Hungarica“ gilt als militante Nachfolgestruktur des im Dezember 2004 in Ungarn verbotenen und im Oktober 2005 rechtskräftig aufgelösten Netzwerkes von „Ver es Becsüle“ besser bekannt als „Blood&Honour“. Der Ableger „Division Deutschland“ wurde im September 2000 in der Bundesrepublik verboten.

Ein Verbot mit nur geringer Wirkung, zumindest in Ungarn. Auf Veranstaltungen, wie dem jährlich mit Beteiligung von bis zu 1000 Neonazis in Budapest stattfindendem „Tag der Ehre“ tritt die Organisation weiterhin offen in Erscheinung, ebenso wie auch auf eigens organisierten Konzerten. So auch am 27. September 2008, als mit den Musikern der „Lunikoff Verschwörung“ um den Neo-

nazi Michael Regener, früherer Sänger von „Landser“, ein „Blood&Honour“-Konzert durchgeführt wurde. Im Jahr 2006 wurde „Pax Hungarica“ auf Druck der ungarischen Behörden rechtskräftig aufgelöst. Dies hindert die militante Neonazi-Gruppierung um den ungarischen Neonazi-Funktionär Endre János Damonkos nicht daran, auch weiterhin öffentlich in Erscheinung zu treten. Als Führungskader von „Blood&Honour – Hungaria“ und Anmelder des „Tages der Ehre“ konnte Damonkos bereits ausreichende Erfahrungen im Umgang mit den ungarischen Behörden sammeln.

Nationalhymne und gemeinsames Gebet

Als Redner der „Pax Hungarica“ war am 7. März in Budapest der als Theologe vorgestellte János Tudós-Takács in Erscheinung getreten. Die grauhaarige Eminenz der ungarischen Neonazi-Szene begründete seinen Redebeitrag weniger mit christlicher Nächstenliebe. Vielmehr bestimmte ein tief verwurzelter Antisemitismus und Sympathie mit den Ansichten des in die Kritik geratenen Bischofs die martialische Versammlung. Auch Endre János Damonkos, Vorsitzender der „Pax Hungarica“ ergriff während der Kundgebung das Wort. Der langjährige Neonazi-Kader solidarisierte sich mit Williamson. Die internationale Aufmerksamkeit welche die Äußerungen Williamsons hervorgerufen hatten, seien seinen Worten folgend, der „gewaltsamen, jüdischen Meinungsunterdrückung und Lügenverbreitung in Ungarn und anderen Teilen Europas“ geschuldet.

Die rund 40 Anhänger der faschistischen Organisation, welche sich vor der apostolischen Nuntiatur, inmitten der ungarischen Hauptstadt versammelt hatten, stimmten zum Abschluss die obligatorische Nationalhymne an. Wohl in Anbetracht des religiösen Hintergrunds untermauerten die Neonazis ihr Anliegen anschließend mit einem gemeinsamen Gebet. Zwar konnten Neonazis in den vergangenen Jahren unentwegt Einfluss in der ungarischen Gesellschaft geltend machen, doch auch dadurch konnte kein Vertreter der Nuntiatur bewogen werden, die vorbereitete Petition entgegen zunehmen. Daran änderte auch der religiöse Schlusspunkt wenig. Das Schriftstück musste schließlich im Briefkasten zurückgelassen werden.

Andre Aden

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE

Der Holocaust in Ungarn

Ab dem Frühjahr 1944, vor 70 Jahren, wurden die ungarischen Juden nach Auschwitz deportiert – im Juli war das Land mit Ausnahme der Hauptstadt Budapest „judenfrei“.

In der letzten Phase des Zweiten Weltkrieges gab es nur noch eine große jüdische Gemeinschaft in Europa, die vom Völkermord der Nationalsozialisten weitgehend verschont worden war: die ungarische. Das Land hatte sich auf die Seite Deutschlands gestellt und gehörte mit seiner Armee zu den Okkupanten der UdSSR. Im SS-Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in Berlin wartete man ungeduldig auf den Augenblick, in dem es möglich sein werde, auch die ungarischen Juden der „Endlösung zuzuführen“. Als im Frühjahr 1944 die bevorstehende deutsche Niederlage nicht mehr schönzureden war, galt als oberstes Ziel der Kriegführung, die europäischen Juden ohne jedwede Rücksicht zu vernichten.

An oberster Stelle der Agenda stand für den Exekutor der „Endlösung“, Adolf Eichmann, die jüdische Gemeinschaft in Ungarn. Es waren nach der Volkszählung von 1941 rund 725.000 Männer, Frauen und Kinder. Das entsprach fast fünf Prozent der Gesamtbevölkerung. Sie lebten in einer zutiefst antisemitischen Gemeinschaft, die besonders von den Medien, also Zeitungen und Hörfunk, angeheizt wurde. Die zweite judenfeindliche Macht war die katholische Kirche in einem fast einhundertprozentig katholischen Land. Drittens muss die Armee genannt werden, die ebenfalls ein Hort des Antisemitismus war. Diese Stimmung und wirtschaftliche Interessen führten schließlich dazu, dass die ungarische Regierung sich auf die Seite des nationalsozialistischen Deutschlands stellte.

Im Mai 1938 wurde das erste judenfeindliche Gesetz erlassen. Es schränkte den jüdischen Einfluss in der Wirtschaft auf sechs Prozent ein. „Davon abgesehen lebten die ungarischen Juden einstweilen noch in Sicherheit, wenn auch unter beträchtlichen Beschränkungen ihrer bürgerlichen Rechte und wirtschaftlichen Möglichkeiten.“, wird deren Lage in der „Enzyklopädie des Holocaust“ (Band 3, Seite 1465) beschrieben. Als sich die ungarische Regierung im März 1944 immer noch weigerte, die „Endlösung“ zu vollstrecken, besetzte Deutschland

kurzerhand das verbündete Land. Das war am 19. März 1944. Adolf Eichmann kam persönlich nach Budapest, um die Deportationen sozusagen vor Ort zu überwachen. Das war zugleich die Zeit, da der Schwede Raoul Wallenberg in Budapest seine berühmte Rettungsaktion in die Wege leitete. Die Deutschen als neue Herren setzten die ungarische Regierung ab, ein antisemitisches deutschfreundliches Regime unter Döme Sztojaj übernahm die Macht.

Kurze Zeit später, am 15. April 1944, gründeten ungarische Antisemiten unter Laszlo Endre in Budapest das „Institut zur Erforschung der Judenfrage“. Das Institut entwickelte für die neue Regierung die Voraussetzungen für die systematische Erfassung und Vernichtung der ungarischen Juden. Zuerst mussten die Juden in örtlichen Synagogen hausen, dann wurden sie in die Bezirkshauptstädte verschleppt, schließlich kamen sie in große zentrale Sammellager. Längst mussten sie den gelben Fleck an ihrer Kleidung tragen.

Grausame Herrschaft der „Pfeilkreuzler“

Die Deportationen ins Gas von Auschwitz folgten „territorialen Prioritäten“. Das bedeutete, sie richteten sich nach dem Vormarsch der Roten Armee. Wo die in Kürze erwartet wurde, mussten die Juden verschwinden, wurden ins Gas geschickt. Mindestens 437.000 wurden in Auschwitz ermordet. Sie kamen zwischen dem 15. Mai und dem 9. Juli 1944 aus 55 größeren Ghettos oder riesigen Lagern. Die verplombten Güterzüge waren hermetisch verschlossen. Außer der Hauptstadt Budapest war Ungarn Anfang Juli 1944 „judenfrei“. Die Budapester Juden wurden zwar nicht in Birkenau ermordet, ihre schlimmste Zeit stand ihnen aber noch bevor. Das war die Herrschaft der „Pfeilkreuzler“. Sie begann nach Admiral Horthys gescheitertem Versuch, Ungarn aus dem Krieg herauszuziehen. Das war am 15. Oktober 1944. Die Pfeilkreuzler jagten, malträtierten und mordeten die Juden. Ihre Herrschaft endete mit der Befreiung Budapests durch die Rote Armee am 17. Januar 1945. An dem Tag verschwand auch der berühmteste Judenretter während des Holocaust, Raoul Wallenberg, in den Weiten der UdSSR.

Heiner Lichtenstein

MELDUNGEN

Mahnwache für Märtyrer

München – Auf der Homepage der Freien Nationalisten München (FNM), einer „aktiven Kampfgemeinschaft“ unter Führung des vorbestraften Neonazis Philipp Hasselbach wird für eine „Stille Mahnwache“ am 25. April am Münchner Hauptbahnhof mobilisiert. Aufmarschiert werden soll unter dem Motto „Reinhold Elstner: Sein Opfer war nicht vergebens! Sein Tod ist uns Fanal“ werden. Der ehemalige „Ostfrontkämpfer“ Elstner hatte sich am 25. April 1995 vor der Münchner Feldherrnhalle verbrannt. Er hinterließ einen Brief an die rechtsextreme Monatszeitschrift „Nation&Europa“, in dem er schrieb: „Deutsches Volk, wache endlich auf! Fünfzig Jahre unendlicher Verleumdung und Verteufelung eines ganzen Volkes sind genug. ... Mit meinen 75 Jahren kann ich nicht mehr viel tun, aber doch so viel, dass ich mit meinem Flammentod als Fanal ein sichtbares Zeichen der Besinnung setzen will.“ Elstner gehörte der revanchistischen „Notverwaltung des Deutschen Ostens“ an und griff für die antisemitische holocaustleugnende „Bauernschaft“ des einstigen SS-Recken Thies Christophersen zur Feder. Veranstalter der „Mahnwache“ ist der bayerische NPD-Funktionär Roland Wuttke. (am)

Neonazis im „Drei-Mädle-Haus“

Schönbach – Der bekennende „nationale Sozialist“ Olaf Martin („Schwarzer Orden Vogtland“), Ex-NPD-Kreisrat, hat in Schönbach (bei Greiz) im vogtländischen Oberland das so genannte „Drei-Mädle-Haus“ erworben. Das einstige Ferienlager hat 40 Zimmer und umfasst ein Anwesen von 4.300 Quadratmeter. Das „Drei-Mädle-Haus“ wird bereits seit November 2008 von Neonazis als Wohn- und Veranstaltungsobjekt genutzt. Martin ist zweiter Vorsitzender der am 6. Februar in Plauen ins Vereinsregister eingetragenen NPD-Hardcore-Abspaltung „Freies Nationales Bündnis“ (FNB). Anfang März trafen sich FNB-Mitglieder, darunter Martin, in Berlin mit Freien Kräften und NPD-Mitgliedern um das FNB vorzustellen. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:

Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:

Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöfel

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de

Fon: (030) 255 94 174

Fax: (030) 255 94 192

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH

Postfach 610 322, 10925 Berlin

Fon: (030) 255 94 100

Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH

Fon: (030) 255 94 130

Fax: (030) 255 94 199

Mail: vertrieb@vorwaerts.de